

# Demografische Entwicklung in Ostdeutschland: Tendenzen und Implikationen

von Joachim Ragnitz

**Zusammenfassung:** Seit dem Zusammenbruch der DDR hat sich die Bevölkerungszahl in den ostdeutschen Flächenländern um 2,1 Millionen Personen vermindert; dies sind 13,7 Prozent der ursprünglichen Einwohnerzahl. Ausschlaggebend dafür waren nicht nur hohe Nettoabwanderungen insbesondere bei jüngeren Geburtsjahrgängen, sondern gleichzeitig auch ein gravierendes Geburtendefizit als veränderter Wertevorstellungen und geringer Besatzziffern der geburtenaktiven Kohorten. Die Folgen des demografischen Wandels, die derzeit für Deutschland insgesamt diskutiert werden, sind somit in den neuen Ländern schon heute deutlich spürbar. Zu erwarten ist überdies, dass sich die Bevölkerungsschrumpfung und -alterung auch künftig in ähnlicher Intensität fortsetzt. Die Verringerung der Bevölkerungszahlen bei gleichzeitiger beschleunigter Alterung hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Möglichkeiten der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch Wirkungen auf die künftigen Wachstumsperspektiven. Zum einen sinkt die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung, zum anderen kann die Alterung die Produktivitätsentwicklung negativ beeinflussen. Da sich diese Prozesse kaum mehr aufhalten lassen, bedarf es sinnvoller Strategien zur Anpassung an den demografischen Wandel.

**Summary:** Since the end of GDR, population in the East German Laender has decreased by 2.1 million people or 13.7 percent. One reason for this decline is the ongoing net-migration from East Germany, especially in the younger-age cohorts, another one is a deficit in births due to changes in attitudes and lower size of the younger generation. The consequences of demographic changes that are actually discussed in a pan-German context can even now be seen in East Germany in great detail. It can be expected that these developments will continue in the years to come. Shrinking and aging of the population is on the one hand side a problem for public services, on the other hand side a severe economic problem. Labor force will decrease in an even larger extent than population, and the aging of the labor force might lead to lower productivity growth. Both could bring about lower growth rates in GDP terms. As these processes cannot be stopped in the near future, reasonable strategies to cope with demographic change are necessary.

## Einleitung

Ostdeutschland befindet sich seit der „Wende“ im Jahr 1989 in einem tiefgreifenden demografischen Wandel, der gekennzeichnet ist durch Schrumpfung der Bevölkerung einerseits und beschleunigter Alterung andererseits. Dieser Prozess wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Der demografische Wandel wird fast alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche betreffen – was heute vielfach noch nicht wirklich registriert wird. Bislang überwiegen Überlegungen zur Schrumpfung, was sich zum Beispiel in Initiativen zum Rückbau

JEL Classifications: I11, O18, R30  
Keywords: Demographic development, East Germany

überdimensionierter Infrastrukturen und zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Schrumpfungregionen widerspiegelt. Insbesondere die Herausforderungen der Alterung und der Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung werden jedoch bislang nur ansatzweise diskutiert.

Der folgende Beitrag gibt zunächst einen knappen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern von 1989 bis heute und die zu erwartenden demografischen Trends der nächsten Jahre. Im Anschluss daran wird auf die Implikationen des demografischen Wandels für die wirtschaftliche Entwicklung eingegangen. Auf ausführliche Ableitungen wird dabei verzichtet; hierzu wird auf die relevante Literatur verwiesen.<sup>1</sup>

## 1 Bevölkerungsentwicklung 1989–2008

Ostdeutschland hat seit dem Zusammenbruch der DDR erhebliche Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. Schon in den Jahren 1989–1991 – als im Gefolge der Grenzöffnung bislang unterdrückte Wanderungen möglich wurden – wanderten per Saldo rund 800 000 Personen aus Ostdeutschland (einschließlich Berlin (Ost)) ab, die meisten davon mit Ziel Westdeutschland. Wenngleich sich die Wanderungsbewegungen in den nachfolgenden Jahren zunächst normalisierten<sup>2</sup> und sich auf einem für strukturschwache Regionen keineswegs außergewöhnlich hohen Niveau stabilisierten, kam es insbesondere mit der Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik zum Ende der 90er Jahre und der damit einhergehenden Verlangsamung des Aufholprozesses erneut zu einer Zunahme des negativen Wanderungssaldos. Alles in allem sind von 1989 bis zum Sommer 2008 per saldo 1,1 Millionen Personen aus Ostdeutschland abgewandert (vgl. Tabelle 1).<sup>3</sup>

Während die Wanderungsbewegungen in den Jahren 1989–1990 zu einem erheblichen Teil durch die Unzufriedenheit über das politische System motiviert gewesen sein dürften, spiegelt sich in der Migration in den Jahren danach vor allem der fortbestehende Unterschied in den wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven in West- und Ostdeutschland wider. Insbesondere junge Menschen – für die ein Umzug nach Westdeutschland oder in das Ausland aufgrund geringer beruflicher Festlegungen im Regelfall nur geringe Transaktionskosten aufweist – dürften aufgrund der günstigeren Arbeitsmarkts- und Einkommenschancen in Westdeutschland den Weg dorthin gewählt haben. Insoweit kann es auch nicht verwundern, dass die Entwicklung der Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland mit der wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands korreliert, ein Bild, das sich auch auf kleinräumiger Ebene wiederfindet.<sup>4</sup> Nicht zu verkennen ist allerdings auch, dass die Abwanderung gerade dieser „Leistungseliten“ die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der von starker Abwanderung geprägten Regionen in den neuen Ländern zusätzlich belastet.

Von noch größerer Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland nach 1990 war allerdings die natürliche Bevölkerungsentwicklung. Die Zahl der geborenen Kinder hat sich nach dem Ende der DDR deutlich reduziert, wobei sich hierin insbeson-

<sup>1</sup> Vgl. insbesondere Ragnitz et al. (2007). Ein Großteil der hier referierten Ergebnisse stützt sich auf diese Arbeit.

<sup>2</sup> Von 1993 bis 1997 wurden sogar leichte Nettowanderungsgewinne erzielt.

<sup>3</sup> Zu beachten ist, dass ab dem Jahr 2002 die Wanderungsstatistiken nicht mehr nach Berlin-Ost und Berlin-West unterscheiden.

<sup>4</sup> Vgl. Ragnitz (2007: Tabellen 2-2 und 2-3).

Tabelle 1

## Wanderungsbewegungen in Ostdeutschland 1989–2008

	Wanderungen insgesamt			
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	
	In 1 000			In Prozent der Bevölkerung zu Jahresbeginn
	Neue Länder und Berlin (Ost)			
1989	52,9	297,0	-244,1	-1,46
1990	76,8	492,2	-415,4	-2,53
1991	128,4	276,3	-147,9	-0,92
1992	228,7	226,8	+1,9	0,01
1993	262,2	238,5	+23,7	0,15
1994	255,8	220,7	+35,1	0,23
1995	273,4	234,6	+38,8	0,25
1996	283,4	248,2	+35,2	0,23
1997	260,5	252,8	+7,7	0,05
1998	238,6	256,7	-18,1	-0,12
1999	242,4	260,4	-18,0	-0,12
2000	223,5	271,4	-47,9	-0,31
	Ostdeutschland einschließlich Berlin			
2001	203,9	259,2	-55,3	-0,32
2002	240,7	290,4	-49,7	-0,29
2003	231,2	269,0	-37,8	-0,22
2004	226,6	269,6	-43,0	-0,25
2005	216,8	244,8	-28,0	-0,17
2006	208,2	248,0	-39,8	-0,24
2007	203,9	259,2	-55,3	-0,33
2008 <sup>1</sup>	99,5	114,5	-15,4	-0,09

1 1. Halbjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

dere der Effekt veränderten Familiengründungsverhaltens und veränderter Kohortenstärke in der potentiellen Elterngeneration andererseits widerspiegelt. Die Zahl der Sterbefälle hat sich infolge verlängerter Lebenserwartung zwar auch deutlich vermindert, doch liegt der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland seit ungefähr dem Jahr 2001 nahezu stabil bei rund -0,3 Prozent der Bevölkerung zum jeweiligen Jahresbeginn; der Wanderungsverlust hingegen belief sich in dieser Zeit im Durchschnitt lediglich auf rund 0,25 Prozent der Jahresanfangsbevölkerung, allerdings bei erheblichen Schwankungen im zeitlichen Verlauf.

Lebten Ende 1989 in der DDR noch fast 2,5 Millionen Frauen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren, so waren es in den fünf ostdeutschen Flächenländern im Jahr 2007 nur noch knapp 1,5 Millionen Frauen. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung insgesamt hat sich damit von rund 15 Prozent im Jahr 1989 (DDR) auf nur noch 11,3 Prozent (Flä-

Tabelle 2

## Natürliche Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland 1989–2007

	Lebendgeborene	Sterbefälle	Saldo	
	In 1 000			In Prozent der Bevölkerung zu Jahresbeginn
	Neue Länder und Berlin (Ost)			
1989	198,9	205,7	-6,8	-0,04
1990	178,5	208,1	-29,6	-0,18
1991	107,8	202,4	-94,7	-0,59
1992	88,3	190,2	-101,9	-0,65
1993	80,5	185,6	-105,1	-0,67
1994	78,7	181,4	-102,7	-0,66
1995	83,8	178,1	-94,2	-0,61
1996	93,3	174,5	-81,2	-0,52
1997	100,3	167,5	-67,3	-0,44
1998	102,9	164,3	-61,4	-0,40
1999	106,7	161,3	-54,6	-0,36
2000	111,3	160,3	-49,0	-0,32
	Ostdeutschland einschließlich Berlin			
2001	126,7	180,3	-53,6	-0,31
2002	125,2	183,6	-58,4	-0,34
2003	125,4	184,2	-58,9	-0,35
2004	128,3	177,4	-49,0	-0,29
2005	125,7	179,3	-53,6	-0,32
2006	126,0	178,1	-52,1	-0,31
2007	131,0	179,5	-48,5	-0,29

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

chenländer Ost) im Jahr 2007 verringert. Selbst bei unverändertem Gebärverhalten musste dieser Verlust an potentiellen Müttern zu einer Verringerung der Geburtenzahlen führen. Es spiegelt sich hierin vor allem<sup>5</sup> die selektive Abwanderung der Jahre nach 1989 wider, denn vor allem junge und qualifizierte Menschen, darunter wiederum überproportional viele Frauen haben nach der Wende den Weg in den Westen gefunden. Zwar konzentrierte sich auch die Zuwanderung auf eher jüngere Kohorten; Frauen waren hierbei allerdings deutlich unterrepräsentiert.

Nach der Wende hat sich allerdings auch das Gebärverhalten ostdeutscher Frauen massiv verändert. Unmittelbar nach der deutschen Vereinigung kam es zunächst zu einem Rückgang der pro Jahr geborenen Kinder von 199 000 im Jahr 1989 auf nur noch 108 000 im Jahr 1991 und sogar nur noch 79 000 im Jahr 1994. Die zusammengefasste Geburtenziffer verringerte sich von 1,57 im Jahr 1989 auf nur noch 0,77 Prozent im Jahr 1994, ein histo-

<sup>5</sup> In geringem Umfang spielt hierfür allerdings auch der geringere Besatz der potentiellen Müttergeneration als Folge eines relativen Geburtenrückgangs in den frühen 70er Jahren eine Rolle.

Tabelle 3

**Bevölkerung in Ostdeutschland 1989–2005**

	<b>Bevölkerungsstand in 1 000</b>	<b>1989=100</b>
	<b>Neue Länder und Berlin (Ost)</b>	
1989	16 554	-0,7
1990	16 256	-1,8
1991	15 934	-2,0
1992	15 738	-1,2
1993	15 642	-0,6
1994	15 565	-0,5
1995	15 503	-0,4
1996	15 452	-0,3
1997	15 399	-0,3
1998	15 330	-0,5
1999	15 253	-0,5
2000	15 168	-0,6
	<b>Ostdeutschland einschließlich Berlin</b>	
2001	17 174	-0,5
2002	17 061	-0,7
2003	16 957	-0,6
2004	16 864	-0,5
2005	16 779	-0,5
2006	16 693	-0,5
2007	16 598	-0,6
2008	16 509	-0,5

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

risch wohl einmaliger Rückgang. Manches spricht dafür, dass vor allem Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und der Wegfall zuvor gewährter Vergünstigungen für junge Familien ein wesentlicher Bestimmungsgrund in dieser Änderung des Gebärverhaltens waren, denn ab 1993 stieg die zusammengefasste Geburtenziffer allmählich wieder an und scheint sich aktuell auf dem westdeutschen Niveau von knapp 1,4 Kindern je Frau zu stabilisieren. Insoweit spiegelt die Entwicklung der Geburten in den neuen Ländern auch eine Anpassung an westdeutsche Verhaltensweisen wider, vor allem eine Verschiebung der Entscheidung für Kinder auf spätere Jahre: Während in der DDR aufgrund familienpolitischer Anreize junge Frauen bereits mit knapp über 20 Jahren ihr erstes Kind gebären, liegt dieses Alter in Westdeutschland bei beinahe 30 Jahren.

Im Zuge der beschriebenen Entwicklungen hat sich die Bevölkerung allein in den ostdeutschen Flächenländern von 1989 bis 2008 um knapp 2,1 Millionen Personen oder 13,7 Prozent vermindert. In den vergangenen sieben Jahren lag der jährliche Bevölkerungsrückgang (einschließlich Berlin gerechnet) bei rund 0,5 Prozent jährlich. Die Konsequenzen des demografischen Wandels sind somit in Ostdeutschland bereits heute deutlich spürbar.

Tabelle 4

**Bevölkerungsdichte 1990 und 2005 in den ostdeutschen Raumordnungsregionen**

<b>Raumordnungsregionen</b>	<b>1990</b>	<b>2005</b>
Westmecklenburg	76	71
Mittleres Mecklenburg/Rostock	129	118
Vorpommern	84	71
Mecklenburgische Seenplatte	61	53
Prignitz-Oberhavel	61	62
Uckermark-Barnim	69	69
Oderland-Spree	100	99
Lausitz-Spreewald	103	92
Havelland-Fläming	101	109
Altmark	55	48
Magdeburg	150	131
Dessau	141	119
Halle/Saale	217	184
Nordthüringen	123	111
Mittelthüringen	199	185
Südthüringen	137	121
Ostthüringen	183	158
Westsachsen	265	245
Oberes Elbtal/Osterzgebirge	313	298
Oberlausitz-Niederschlesien	168	142
Chemnitz-Erzgebirge	301	260
Südwestsachsen	277	242

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

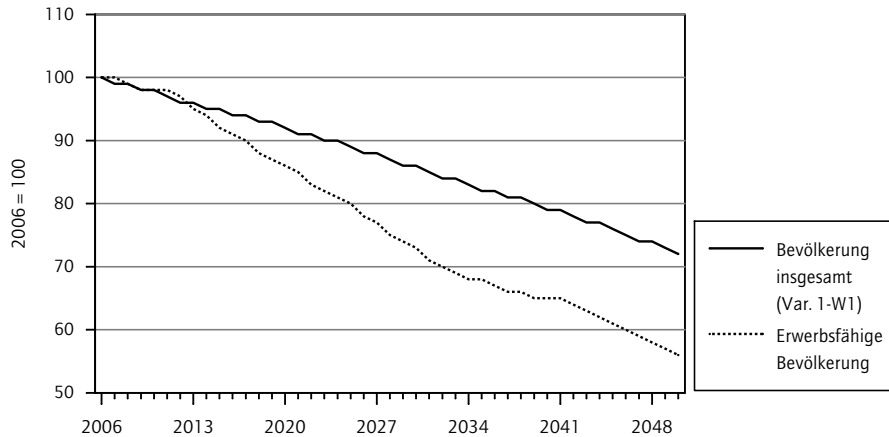
Stärkere regionale Differenzierung zeigt dabei, dass vor allem Großstädte mit geringem wirtschaftlichen Potential und peripher gelegene Regionen überproportionale Bevölkerungsrückgänge hinnehmen mussten. Hingegen konnten die Umlandkreise von ostdeutschen Großstädten und vor allem der Berliner Raum von Zuwanderungen aus den jeweiligen Zentren profitieren. Sieht man von der Region um Dresden einmal ab, weisen alle Teile Ostdeutschlands inzwischen eine Bevölkerungsdichte auf, die deutlich unter derjenigen des westdeutschen Durchschnitts von 264 Einwohner je qkm liegt. Vor allem Mecklenburg-Vorpommern und das nördliche Brandenburg sind mit einer Einwohnerdichte von teilweise weniger als 50 Menschen pro Quadratkilometer nur noch sehr dünn besiedelt. Lediglich das unmittelbare Berliner Umland hat aufgrund zuwandernder Bevölkerung eine zunehmende Bevölkerungsdichte aufzuweisen (vgl. Tabelle 4).

## 2 Bevölkerungsentwicklung 2005–2020

Es ist davon auszugehen, dass sich die Bevölkerungsschrumpfung in Ostdeutschland in den kommenden Jahren weiter fortsetzen wird. Denn selbst wenn die Abwanderungsten-

Abbildung 1

### Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland 2006–2050 nach Variante 1-W1 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

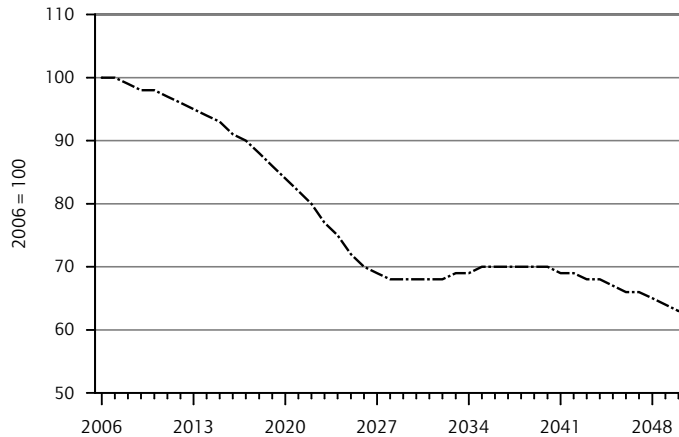
denzen gestoppt werden können – hiervon gehen die gängigen Bevölkerungsvorausberechnungen für die mittlere Sicht aus – wird aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 weiter kräftig zurückgehen, und auch für die Jahre danach ist eine Trendumkehr nicht in Sicht. Grund hierfür ist – neben der insgesamt geringen Geburtenrate von rund 1,4 Kindern je Frau – die geringe Größe der in den kommenden Jahren ins gebärfähige Alter eintretenden Jahrgänge.

Nach der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der Einwohner in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) gegenüber dem Basisjahr 2006 bis zum Jahr 2020 um 7,5 Prozent (entspricht 1,3 Millionen Personen) zurückgehen (vgl. Abbildung 1). Noch viel stärker ist der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20–65 Jahre), weil die neu in das Berufsleben eintretenden Kohorten infolge des Geburteneinbruchs zu Beginn der 90er Jahre in den kommenden Jahren deutlich geringer besetzt sein werden als die Bevölkerungsgruppen, die altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Hierin liegt der wesentlich Unterschied zur Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis heute, denn in der Vergangenheit entwickelte sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weitgehend proportional zur Bevölkerung insgesamt. Dementsprechend werden die Auswirkungen des demografischen Wandels in den kommenden Jahren weitaus gravierender sein als in den vergangenen Jahren, als im wesentlichen nur die Probleme der Schrumpfung zu bewerkstelligen waren.

Die Verringerung der Bevölkerungszahl findet dabei fast vollständig in der Kohorte der 20- bis 40-Jährigen statt, also in der Generation, die sich potentiell in der Familiengründungsphase befindet: Hier schrumpft die Bevölkerung um rund eine Millionen Personen (25 Prozent). Berücksichtigt man, dass infolge selektiver Abwanderung in dieser Altersgruppe deutlich mehr Männer als Frauen vorhanden sind (auf 100 Männer im Alter zwischen 20 und 40 Jahren entfallen rein rechnerisch nur rund 90 Frauen der selben Altersgruppe), so wird erkennbar, dass allein schon infolge einer geringen Zahl von Geburten

Abbildung 2

### Entwicklung der Geburtenzahl in Ostdeutschland 2006–2020 nach Variante 1-W1 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

die Bevölkerung in den kommenden Jahren stark schrumpfen wird – wobei der Geburtenrückgang infolge von „Echoeffekten“ (geringere Zahl von Geburten aufgrund geringerer Kohortengrößen) sich bis 2025 zunächst sogar noch weiter beschleunigen wird. Dies hat dann zeitverzögert entsprechend negative Auswirkungen auch auf die Zahl der Schüler, der Studenten und Ausbildungsbewerber und schließlich auch auf das Erwerbspersonenpotential.

Gravierender ist freilich, dass die Schrumpfung der Bevölkerung mit massiven Alterungsprozessen einhergeht. Da angesichts einer Geburtenrate von rund 1,4 Kindern je Frau jede nachfolgende Generation nur noch rund zwei Drittel der Größe der Elterngeneration aufweist, kommt es zu starken Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Der Anteil der älteren Personen (65 Jahre und mehr) an der Gesamtbevölkerung wird von derzeit 21 Prozent auf 37 Prozent steigen. Entsprechend sinkt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung<sup>6</sup> von derzeit knapp 63 Prozent auf nur noch 49 Prozent im Jahr 2050. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung von derzeit rund 45 Jahren auf 52 Jahre.

### 3 Wirtschaftliche Implikationen von Schrumpfung und Alterung in Ostdeutschland

Die absehbare Bevölkerungsentwicklung wird nahezu alle Bereiche der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik berühren; bisherige „Wachstumsparadigmen“ werden zunehmend

<sup>6</sup> Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Die von politischer Seite eingeleiteten Schritte zur Verlängerung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre verlangsamen zwar den Rückgang des Anteils der erwerbsaktiven Bevölkerung, können diesen Trend aber nicht umkehren. Im Jahr 2050 wird nach den hier referierten Ergebnissen der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Anteil der Personen im Rentenalter bei Zugrundelegung einer Altersgrenze von 67 Jahren bei 34 Prozent liegen.



durch „Schrumpfungparadigmen“ ersetzt werden müssen. Da sich die Prozesse allerdings nur mittel- bis langfristig vollziehen, besteht genügend Zeit, sich hierauf einzustellen; allerdings ist hierfür eine unvoreingenommene Analyse über die möglichen und wahrscheinlichen Effekte erforderlich. Im Folgenden sollen deshalb ausgewählte Implikationen der demografischen Entwicklung näher untersucht werden; hierbei stehen wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund:

- Die (überproportionale) Verringerung des Erwerbspersonenpotentials führt für sich genommen dazu, dass sich – angebotsseitig – auch die Entwicklung des Produktionspotentials in den neuen Ländern tendenziell verlangsamen dürfte. Insoweit ist in den kommenden Jahren mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu rechnen. Zwar kann dies zumindest partiell durch eine bessere Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials (Erhöhung der Erwerbsquote, Verlängerung der Lebensarbeitszeiten) und durch eine Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts ausgeglichen werden. Die Möglichkeiten zur Erhöhung der Erwerbsquote sind jedoch beschränkt, und auch die Produktivitätsentwicklung dürfte durch die demografischen Entwicklungen in der Tendenz vermindert werden. Auch ein verlangsamtes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass der Konvergenzprozess zum Westen hin zum Erliegen kommen muss, denn auch die Einwohnerzahl insgesamt geht zurück (wenn auch weniger stark als die Zahl der Erwerbsfähigen). Solange der Zuwachs der Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) prozentual gesehen größer ist als ein etwaiger Rückgang der Erwerbstätigenquote (Erwerbstätige je Einwohner), wird auch das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner steigen. Zwar ist auch in Westdeutschland mit einem weiteren Anstieg des Wohlstandsniveaus zu rechnen; gleichwohl liegt ein – wenn auch verlangsamter – Konvergenzprozess durchaus im Bereich des Möglichen. Eine „Angleichung der Lebensverhältnisse“ (gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner) ist allerdings äußerst unwahrscheinlich – Schätzungen auf der Basis plausibel erscheinender Annahmen zur Entwicklung von Produktivität und Erwerbstätigenquote kommen zu dem Ergebnis, dass das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auch im Jahr 2020 nur bei gut 70 Prozent des westdeutschen Durchschnittsniveaus liegen wird (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5

### Projektionsrechnung zum Konvergenzprozess in Ostdeutschland

	2002		2020	
Durchschnittlicher Produktivitätsanstieg in Prozent	–	2,25	–	2,40
Erwerbstätigenquote: Veränderung in Prozentpunkten pro Jahr		–	0,65	0,30
Durchschnittlicher BIP-Zuwachs pro Jahr in Prozent	–	0,75	–0,42	1,35
Durchschnittlicher Zuwachs des BIP je Einwohner pro Jahr in Prozent	–	1,43	0,26	2,03
BIP je Einwohner in Relation zu Westdeutschland <sup>1</sup>	65,5	63,1	51,2	71,2

**1 Annahme: Produktivitätszuwachs in Westdeutschland 1,75 Prozent jährlich; Erwerbstätigenquote konstant. Werte in Preisen des Jahres 2002. Berechnet auf Basis der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausbe-rechnung (2002–2020).**

Quelle: Ragnitz (2007).

- Auf der Nachfrageseite dämpft die sinkende Bevölkerung zwar die weitere Entwicklung der Binnennachfrage, doch betrifft dies eben nur einen Teil der Gesamtnachfrage; die überregionale Nachfrage nach ostdeutschen Produkten wird durch den demografischen Wandel zumindest dann nicht beeinträchtigt, wenn man von Kosten- und Preissteigerungen abstrahiert. Während also auf den Binnenmärkten rückläufiges Angebot und rückläufige Nachfrage zusammentreffen, wird auf den Märkten für überregional gehandelte Güter lediglich der Effekt verringerter Produktionsmöglichkeiten wirksam. Insoweit dürfte es also in den kommenden Jahren in der Tendenz zu einer Verschiebung der Sektorstrukturen (zugunsten der Hersteller handelbarer Güter, insbesondere des Verarbeitenden Gewerbes) kommen. Branchen, die typischerweise für den heimischen Markt produzieren (wie haushaltsnahe Dienste oder das Baugewerbe) werden hingegen an Bedeutung verlieren. Ob dieser Strukturwandel friktionslos ablaufen wird, ist allerdings fraglich, denn mit zunehmendem Alter nimmt die berufliche und regionale Mobilität tendenziell ab; viele Beschäftigte in den schrumpfenden Sektoren werden daher vermutlich große Schwierigkeiten haben, in den (relativ) expandierenden Sektoren einen neuen Arbeitsplatz zu finden.
- Wichtiger als die Auswirkungen der Schrumpfung auf die Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren ist allerdings der mögliche Effekt der demografischen Entwicklung auf die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft. Zwar scheinen ältere Arbeitnehmer nicht grundsätzlich weniger leistungsfähig zu sein als jüngere Arbeitnehmer;<sup>7</sup> gleichwohl ist aufgrund einer ungünstigeren Humankapitalausstattung oder einer geringen Innovationsfähigkeit und -bereitschaft ein negativer Effekt alternder Gesellschaften auf die Produktivitätsentwicklung nicht auszuschließen. Liegt das durchschnittliche Produktivitätsniveau in Ostdeutschland schon heute nur bei knapp 80 Prozent des westdeutschen Durchschnittswertes, so dürfte es schwer werden, in Zukunft noch weiter an westdeutsche Vergleichswerte aufzuschließen. In diesem Zusammenhang spielt es auch eine Rolle, dass die Zahl der Unternehmensgründungen in den neuen Ländern durch die demografische Entwicklung negativ beeinflusst werden dürfte. Zum einen verringern sich die Absatzmöglichkeiten auf den Regionalmärkten, zum anderen sind auch die gründungsintensiven Kohorten in den kommenden Jahren nur noch schwach besetzt.<sup>8</sup> Es dürfte daher schwierig werden, für alle aus Altersgründen ausscheidenden Unternehmer geeignete Nachfolger zu finden – und auch die originären Existenzgründungen dürften tendenziell abnehmen. Da für die Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen neugegründete Unternehmen eine besondere Rolle spielen, dürfte auch von dieser Seite her die Innovationsleistung in der ostdeutschen Wirtschaft zurückgehen.
- Die Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung auf die wirtschaftliche Entwicklung lassen schließlich auch den Arbeitsmarkt nicht unberührt. Entlastend auf die derzeit noch von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Arbeitsmärkte wirkt sich zwar der Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen aus; gleichzeitig sinkt aber auch die Arbeitsnachfrage infolge der rückläufigen Nachfrage auf den Binnenmärkten. Da die überregionale Güternach-

<sup>7</sup> Vgl. Lehmann (2007). Börsch-Supan kommt hingegen zu negativen Produktivitätseffekten für Deutschland insgesamt in einer Größenordnung von 0,15 Prozent pro Jahr. Auch dies ist jedoch eine zu vernachlässigende Größenordnung. Vgl. Börsch-Supan (2002: 17).

<sup>8</sup> Das typische Alter von Unternehmensgründern liegt in Deutschland bei 30 bis 40 Jahren. Dies ist die Phase, in der die erste berufliche Orientierung zwar abgeschlossen ist, sich aber noch nicht verfestigt hat und in der gleichzeitig hinreichende finanzielle Ressourcen vorhanden sind, um den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen.

frage von der Bevölkerungsschrumpfung in Ostdeutschland im Großen und Ganzen unberührt bleibt, fällt der Arbeitsnachfragerückgang jedoch geringer aus als der Rückgang des Arbeitsangebots. Insoweit ist mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Eine differenziertere Betrachtung zeigt allerdings, dass die demografisch bedingte Arbeitsmarktentlastung sich vor allem im Segment der Höherqualifizierten niederschlägt – hier ist sogar mit Arbeitskräfteknappheiten (mit entsprechenden Folgen für die Lohnentwicklung) zu rechnen. Bei den Arbeitskräften mit mittlerer Qualifikation und insbesondere bei den Arbeitskräften mit geringer Qualifikation wird hingegen auch im Jahr 2020 noch Arbeitslosigkeit bestehen, weil der beschriebene Strukturwandel an den Gütermärkten (relative Bedeutungszunahme des Sektors der überregional gehandelten Güter) auch zu einer (relativen) Zunahme der Arbeitsnachfrage bei Hochqualifizierten führt. Soweit die Lohnfindung dem Markt überlassen bleibt, hat dies eine stärkere Ausdifferenzierung der Löhne nach Qualifikationen zur Folge.

#### 4 Politische Schlussfolgerungen

Die vorstehende Auflistung zeigt, dass die für die nächsten Jahre absehbare demografische Entwicklung die wirtschaftlichen Perspektiven für die neuen Länder in starkem Maße beeinträchtigt. Dabei spielt nicht nur der Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter eine wichtige Rolle, sondern auch die Alterung der Bevölkerung (beziehungsweise des Erwerbspersonenpotentials). Die Politik hat dies bislang nur in Ansätzen erkannt – hier konzentrieren sich die Anstrengungen derzeit vor allem darauf, die regional differenzierten Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung mit Blick auf die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begleiten und abzumildern. Dies ist zwar ebenfalls eine wichtige Aufgabe; mindestens ebenso wichtig – wenn nicht wichtiger – ist aber die Schaffung von günstigen Bedingungen für ein fortgesetzt hohes Wachstum (des BIP je Einwohner).

Da die Bevölkerungsentwicklung kaum mehr umkehrbar erscheint, ist es notwendig, an den beiden relevanten Stellschrauben für eine Verbesserung der Wachstumsperspektiven anzusetzen, nämlich an der Erwerbstätigenquote einerseits und an der Produktivität andererseits. Viel wird dabei von den wirtschaftlichen Akteuren (also von den Unternehmen wie von den Erwerbspersonen) selber abhängen; auch für die Politik bieten sich aber eine Reihe von Ansatzpunkten.

Hinsichtlich der Erhöhung der Erwerbstätigenquote (auch über den durch Marktprozesse allein zu erwartenden Anstieg hinaus) ist vor allem an eine verbesserte Einbeziehung bislang nicht erwerbstätiger Personengruppen in Erwerbsarbeit zu denken. Neben den Frauen birgt dabei vor allem die Gruppe der älteren Erwerbspersonen ein hohes Potential, da diese bislang häufig recht früh aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Zwar werden die Unternehmen bei fortschreitendem Fachkräftemangel von sich aus für diese Gruppen attraktive Bedingungen zu schaffen suchen (beispielsweise durch verbesserte Vereinbarkeitsregeln oder durch Einrichtung altersgerechter Arbeitsplätze), doch sollte die Politik derartige Bestrebungen offensiv fördern und nicht durch erleichterte Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Arbeitsmarkt konterkarieren. Denkbar ist es in diesem Zusammenhang auch, durch staatlich subventionierte Umschulungsangebote die Beschäftigungsmöglichkeiten von älteren Arbeitnehmern in anderen als den angestammten Berufsfeldern zu verbessern. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeiten, sei es durch Verkürzung

von Ausbildungszeiten oder durch Hinausschieben des Renteneintrittsalters; hier bestehen unmittelbare Handlungsmöglichkeiten für die Politik.

Zur Steigerung der Produktivität scheinen insbesondere forcierte Qualifizierungsanstrengungen auf allen Stufen des Bildungssystems (Schulbildung, Ausbildung, berufliche Weiterbildung) erforderlich. Vor allem im Bereich der Weiterbildung bereits beschäftigter Arbeitnehmer besteht Handlungsbedarf; die Teilnahmequoten an derartigen Qualifizierungsmaßnahmen liegen in Deutschland (und auch in Ostdeutschland) deutlich niedriger als in vielen anderen europäischen Ländern. Hier besteht insbesondere die Gefahr, dass ältere Personen mit geringerer „Amortisationsdauer“ von Bildungsinvestitionen und ohnehin nur unzureichend qualifizierte Personen von Weiterbildungsaktivitäten ausgeschlossen bleiben. Hinzu kommt, dass insbesondere kleinere Unternehmen nur selten Qualifizierungsangebote für ihre Beschäftigten anbieten. Hier scheint eine Form des Marktversagens vorzuliegen, was staatliches Handeln (zum Beispiel in Form einer Subventionierung entsprechender Angebote) rechtfertigt.

Ein zweiter wichtiger Ansatzpunkt für eine Verbesserung der Produktivität ist die Innovationstätigkeit; hier gibt es zwar bereits eine Vielzahl unterschiedlicher politischer Initiativen, doch sind diese häufig auf bestimmte Technologiefelder ausgerichtet und lösen insoweit das Problem insgesamt geringer FuE-Aktivitäten in den neuen Ländern nicht. Hier wäre zu überlegen, inwieweit „Innovationsgutscheine“ für kleine und mittlere Unternehmen oder sogar eine steuerliche Innovationsförderung („Innovationszulage“) eine gangbare Option für die neuen Länder darstellen.

Schließlich scheint es erforderlich, durch spezifische Unterstützung für Unternehmensneugründungen die drohende „Unternehmenslücke“ zu bekämpfen. Eine wichtige Rolle wird dabei sicherlich auch künftig die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Existenzgründer spielen müssen; da es aber vor allem darum gehen muss, auch ältere Personen (mit zumeist vorhandenem Vermögen) zur unternehmerischen Selbständigkeit anzuhalten, wird man dies um Instrumente ergänzen müssen, die an vorhandenen altersspezifischen Hemmnissen ansetzen. Hier ist zum Beispiel an Beratungsleistungen (insbesondere im betriebswirtschaftlichen Bereich), an steuerliche Erleichterungen für Unternehmensnachfolgeregelungen oder auch an eine verstärkte Risikoabsicherung (zum Beispiel durch befristeten Verbleib von älteren Gründern in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung) zu denken.

## Literaturverzeichnis

- Börsch-Supan, A. (2002): *Labor Market Effects of Population Aging*. MEA-Discussion Paper 11/2002. Mannheim.
- Lehmann, H. (2007): Individualproduktivität und Alter: Empirische Befunde einer Arbeitseinkommensanalyse. *Wirtschaft im Wandel*, Heft 5.
- Ragnitz, J. et al. (2007): *Demographische Entwicklung in Ostdeutschland*. ifo Dresden Studie Nr. 41. Dresden.